

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Das Weltgericht der Hundert Tage

Der 11. September, der Krieg gegen den Fanatismus und die Wiederentdeckung des Besten am Westen /

Josef Joffe

Nichts ist mehr wie zuvor? Nicht alles, aber vieles. Und doch hat der 11. September nur grell erhellt, was seit genau zehn Jahren tief in die Zukunft hineinreicht. Am Weihnachtstag 91 wurde die rote Fahne der Sowjetunion zum letzten Mal über dem Kreml eingeholt; statt ihrer flattert seitdem die weiß-blau-rote Russlands am Mast: Das Imperium hatte sich selbst entleibt. Mit dem Roten Reich zerbrach eine fünfzig Jahre alte Weltordnung, die auf zwei Säulen ruhte - der zweigeteilten Macht von Moskau und Washington, die einander blockierten und austarieren.

Geblichen ist eine einzige Säule, die alleinige Supermacht Amerika. Geblichen ist auch eine Hand voll Anwärter: Europa, Russland, China und, in einigem Abstand, das aufstrebende Milliardenvolk der Inder sowie der nun kranke Wirtschaftsgigant Japan. Der 11. September hat ihre Träume von einem multipolaren Gleichgewicht der Mächte vorläufig zerschlagen. Eine blutige, eine grausame Ironie: Herausgefordert wurde der Hegemon nicht von Staaten, sondern von Privatiers der Gewalt im Gewande der Qaida; nicht von Premiers und Präsidenten, sondern von Namenlosen wie Mohamed Atta und Marwan al-Shehhi. Die selbst ernannten Gotteskrieger unter Führung des Osama bin Laden haben eine Strategie der "Schwachen gegen die Starken" zu inszenieren versucht. Jenseits vom Massenmord aber sind sie gescheitert. Die Staaten haben sich durchgesetzt.

Der Nationalstaat schlägt zurück

Ein Staat vor allem: die "letzte Supermacht". Amerika hat eine globale Koalition zusammengezimmert, in der klassische Freunde wie England, Exfeinde wie Russland und Nochnicht-Herausforderer wie China versammelt sind. Doch den Krieg in Afghanistan haben die USA praktisch allein geführt: mit Bombern, die aus Missouri anfliegen, aus einer geradezu unvorstellbaren Distanz, die wie kein anderer Faktor im Afghanistan-Krieg die globale Reichweite dieses demokratischen Imperiums dramatisierte. Die Koalition war legitimierende Garnitur - hilfreich, wichtig, aber nicht entscheidend.

Trotzdem hat das Bündnis durch seine bloße Existenz ein unüberhörbares Signal gesetzt. In dem Jahrzehnt seit dem Selbstmord der Sowjetunion schien sich eine ganz andere Machtverteilung anzubahnen: nicht die Konzentration der Macht, sondern ihre Diffusion - zugunsten der Konzerne, Banken und Profiteure, kurzum der "Globalisierung". Hinter den Argumenten der Gegner verbarg sich eine neue Version der vertrauten Kapitalismus- und Amerikakritik, die alte Angst vor Markt und Moderne. Grundsätzlich aber machte sich die Globalisierungsdebatte an der Vorstellung fest, dass ein gänzlich neues Zeitalter angebrochen sei: eine Ära, in der transnationale Kapital- und

Kommunikationsströme, die Fluten der Investitionen und des Handels das Fundament des Nationalstaats unterspülen würden.

Tatsächlich haben die hundert Tage nach dem 11. September das Gegenteil ausbuchstabiert: Der 500 Jahre alte Nationalstaat lebt und floriert; er weiß sich gut wider die Konkurrenz zu wehren. Der Terror der Qaida war, das ist richtig, ein Produkt der Globalisierung; seine Waffen waren der Langstreckenjet, das Handy, der anonyme Geldtransfer. Doch schon die ersten Gegenschläge ließen die ungeheuerliche Macht ahnen, welche die Staaten gegen die neuzeitlichen Freibeuter des Terrors aufbieten konnten. Ihre Computer haben die Geldströme aufgedeckt, ihre Satelliten die Stützpunkte lokalisiert, ihre Sicherheitskräfte die Drahtzieher aufgespürt. Der Terror, der stets aus dem Dunkel zuschlägt, wird sich nie gänzlich ersticken lassen. Aber dieser Terror, der wie all seine Abarten eines sicheren Ports bedarf, wird so schnell nicht wieder seine Fratze zeigen können. Denn die Unterdrückungsmaschinerie der Taliban ist nicht mehr - dank amerikanischer Bomben, russischer Waffenhilfe an die Nordallianz, pakistanischen Seitenwechsels und chinesischen Wohlwollens.

Die Koalitionäre, keineswegs begeisterte Applaudateure amerikanischer Übermacht, haben instinktiv begriffen, dass die Globale des Terrors die Vorherrschaft der Staaten bedrohte, mithin deren

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

uralten Anspruch, die Grundregeln des internationalen Umgangs im Kartell der Mächtigen zu bestimmen. Zudem haben die Hundert Tage noch eine andere Wahrheit erhellt. Der Staat schlägt nicht nur nach "unten", er meldet sich auch nach "oben" zurück. Denn es hat sich rasch gezeigt, dass nationenüberwölbende Institutionen wie Nato und EU, die seit fünfzig Jahren die Macht der Staaten zu vergemeinschaften versuchen, in die Defensive gerutscht sind. Die Nato hat zwar den Verteidigungsfall ausgerufen, aber danach nur eine Nebenrolle gespielt. Sie war Zuschauer, nicht Akteur. Entschieden und gehandelt haben die Staaten, und zwar die großen: Amerika, England, Frankreich und Deutschland.

Die Geschichte hat das Bündnis eingeholt; ihre Warnung lautet wie eh und je, dass Allianzen sterben, wenn sie siegen. Gesiegt hat die Nato vor zehn Jahren, als Moskau im Kalten Krieg kapitulierte; die Einsätze in Bosnien und im Kosovo haben dem Bündnis nur scheinbar neues Leben eingehaucht. Denn die klassische, antisowjetische Nato ist tot, logischerweise. Überleben wird sie in neuer Mission: als transatlantischer Freundschaftspakt von Gleichgesinnten, als Club der Demokratien, welcher dereinst sehr wohl bis nach Wladiwostok reichen könnte. Doch militärische Macht, das hat schon der Einsatz auf dem Balkan gezeigt, werden wechselnde Koalitionen der Staaten auf- und anbieten.

Tatsache ist auch, dass die EU, das kühnste Vergemeinschaftungsprojekt der Geschichte, in den Hundert Tagen an schmerzhafteste Grenzen gestoßen ist. Agiert haben nicht die Funktionäre der Union, Kommissionschef Prodi oder der

diplomatische Handelsreisende Solana, sondern die Herren Regierungs- und Staatschefs Blair, Chirac und Schröder. Wie sollte es auch anders sein? Über Leben und Tod, Krieg und Frieden entscheiden noch immer die souveränen, von einer demokratischen Mehrheit getragenen Staaten. Daran ändert auch der Euro nichts, das erste Gemeinschaftsgeld der Weltgeschichte, das ohne einen gemeinsamen Staat reüssieren will.

Nicht die viel gepriesene EU-Eingreiftruppe übernimmt den Oberbefehl über die Friedensmission in Afghanistan, sondern ein Staat namens Großbritannien. Überhaupt muss die EU, wenn sie ein strategischer Akteur werden will, jetzt heftig umdenken. Ihre Truppe will aus der finanziellen Not eine militärische Tugend machen: Sie soll leichtfüßig und leicht bewaffnet sein, genau das Gegenteil der Armeen im Kalten Krieg, die auf Masse und Feuerkraft setzten.

Strategische Lehren für die EU

Nur hält die Schlacht um Afghanistan eine überraschende Lehre für die Zukunft parat: Nicht die kompakten Stoßtrupps haben den Weg zum Sieg gebahnt. Es waren alte Bekannte, eben Masse und Feuerkraft. Dickbäuchige B-52-Bomber haben ihre Last um die halbe Welt getragen. Fliegende Hercules-"Kanonenboote" haben die Panzer der Taliban mit ihren Maschinenwaffen gejagt. Teure Jagdbomber haben die Kämpfer der Nordallianz unterstützt. Ganz oben dirigierten Satelliten die Raketen automatisch ins Ziel. Die Regie führten ultraschnelle Aufklärungs- und Befehlssysteme, von denen die Europäer nur träumen können. Im Hintergrund standen Flugzeugträger, die ihre Bomber

dank einer gewaltigen Auftanklogistik rund um die Uhr in den Kampf schicken konnten. Die leicht bewaffneten Marines traten erst zum Schluss auf den Plan.

Afghanistan zeigt, dass eine EU-Eingreiftruppe von 60 000 Mann nicht ausreicht, um Europa Großmachtstatus zu verschaffen, geschweige denn ein unabhängiges strategisches Potenzial. Demokratische Gesellschaften fürchten die Zinksärge, ergo müssen sie Milliarden und Abermilliarden in kostspielige Fernwaffen-, Aufklärungs- und Nachschubsysteme investieren, die ihren Soldaten die direkte Berührung mit dem Feind ersparen. Wer aber schon wie die Deutschen an ein paar hundert Mann für den Einsatz auf dem Balkan oder in Afghanistan würgt, wer nicht mehr als 1,5 Prozent des Sozialprodukts fürs Militär ausgeben will, der möge bescheiden den eigenen Garten bestellen.

2001 war, gemessen am 11. September, ein annus horribilis. Es war auch kein gutes Jahr für Träume (oder Albträume) der Transzendenz - der Überwindung des Nationalstaates durch übernationale Gemeinschaften oder seiner Entmachtung durch die vorwärts stürmenden Kräfte der Globalisierung. Das vergangene Jahr hat auch nicht das Ende der "Spaßgesellschaft" eingeläutet; die machte nur eine kurze, verlegene Pause im Gefolge der einstürzenden Twin Towers von New York. Doch hat der westliche Mensch zwischen dem Terror und den Trümmern etwas sehr Kostbares entdecken können, das er bislang als allzu selbstverständlich hingegenommen hat: eine Kultur, eine Lebensart, die es zu verteidigen lohnt.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Bauchfrei ist besser als Burka

Bin Laden, das ist eine Chiffre des Nihilismus, der alles verneint, was sich der Westen erst nach Jahrhunderten der Blutrunst im Namen der allein selig machenden Religion, der einzig wahren Ideologie, der völkischen Reinheit erkämpft hat. Es ist eine Chiffre, die für Intoleranz, Unterwerfung, Fanatismus und Vernichtung steht, und in diesem Sinne haben wir es sehr wohl mit einem "Kulturkampf" zu tun. Nur geht es nicht um "the West against the Rest", wie es bei Samuel Huntington heißt, sondern um einen religiösen Ausschließlichkeitsanspruch, der sich, auch innerhalb des Islams, gegen die liberale, laizistische und republikanische Ordnung richtet. Bis zum 11. September durfte sich der

westliche Mensch in der scheinbaren Sicherheit der Postmoderne wiegen - wo er Werte und Werturteile in der Beliebigkeit des anything goes verrühren durfte, ohne wirklich Gefahr zu laufen, seine Freiheiten und Vorrechte gegenüber Staat oder Kirche zu verlieren. Tatsächlich aber ist Bauchfreies besser als Burka, weil der knappe Pulli zwar ästhetische Probleme aufwerfen mag, aber ansonsten die Freiheit der Frau symbolisiert. Tatsächlich ist die Trennung von Thron und Altar besser als der gnadenlose Mullah-Staat der Taliban, der die Willkür der Macht mit dem angeblichen Willen Allahs verbrämt. Respekt vor dem Anderen ist gut, aber noch besser ist ein Grundgesetz, das die Menschenrechte wie die Rede-, Religions- und Widerstandsfreiheit

nicht nur aufzählt, sondern auch garantiert. Gerade wer den Multikulturalismus bejaht, muss eine Ideologie verneinen, die Toleranz und Anderssein unterdrückt.

Kostbar wird erst, was vom Verlust bedroht wird. Der Schock des 11. September war heilsam, die Gegenwehr auch. Die Welt darf wieder etwas freier atmen - kein schlechtes Omen für 2002.

Terror ohne Triumph. Der Westen hat in den Trümmern der Twin Towers etwas sehr Kostbares entdeckt: Eine Kultur, eine Lebensart, die es zu verteidigen lohnt /